

Vorlage-Nr.: **0924-2021/DaDi**  
 Aktenzeichen:  
 Fachbereich: **Fraktionen im Kreistag Darmstadt-Dieburg**  
 Beteiligungen:  
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Kreistag	N	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Erklärung der Fraktionen – Handeln ist das Gebot der Stunde und dies auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen im Kreis, Land und Bund**

**Beschlussvorschlag:**

Die harte vierte Corona-Welle hat Deutschland erreicht. Erneut! Die COVID-Stationen und die Intensivstationen haben nicht nur die Grenze der Belastbarkeit erreicht, sondern sogar überschritten. Erneut! Seit mehr als 20 Monaten stemmen sich die Beschäftigten in den Krankenhäusern in Deutschland und in unserem Landkreis mit aller Kraft dieser Pandemie entgegen. Sie leisten Unglaubliches und gehen häufig über ihre Belastungsgrenze hinaus, um die Versorgung der Patienten sicherzustellen. Ein Ende dieser Pandemie ist nicht in Sicht.

Wir nehmen die dramatische Entwicklung der Corona-Pandemie und die damit verbundene hohe physische und psychische Belastung unserer Beschäftigten in den Krankenhäusern zum Anlass als Träger der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg die nachstehende Resolution in der Sitzung des Kreistages am 13.12.2021 auf die Tagesordnung zu nehmen.

1. Der Kreistag als Träger der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg erkennt die Belastung und die Leistung der Beschäftigten der Kreiskliniken an und spricht ihnen in dieser Resolution ihren Dank und ihre Anerkennung aus.
2. Dies gilt neben den pflegenden, ärztlichen und therapeutischen Berufen ausdrücklich für alle Beschäftigten der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, da jeder in seiner Rolle und Funktion sich unmittelbar oder mittelbar für das Wohl der Patienten einsetzt.
3. Damit verbunden unterstreicht der Kreistag in seiner Verantwortung als Arbeitgeber nochmals sein klares Bekenntnis zu den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg in kommunaler Trägerschaft und betont die Wichtigkeit der Kreiskliniken für die medizinische Versorgung der Menschen im Landkreis.
4. Der Kreistag sichert der Beschäftigten einen sicheren Arbeitsplatz in kommunaler Trägerschaft zu und trägt die Kreiskliniken auch mit den coronabedingten wirtschaftlichen Folgen durch die Pandemie.

5. Die neue Bundesregierung und den neuen Bundesgesundheitsminister, Karl Lauterbach, fordern wir auf, die Krankenhausfinanzierung als zentrale Hausforderung der nächsten Monate in den Fokus der Entscheidungen zu nehmen und eine gute medizinische Versorgung, die finanziell auskömmlich ist, sicherzustellen.
6. Herrn Landrat Klaus Peter Schellhaas fordern wir auf sich als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses beim Hessischen Landkreistag und als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Deutschen Landkreistages verstärkt für eine bessere finanzielle Ausstattung der kommunalen Krankenhäuser durch das Land Hessen und den Bund öffentlichkeitswirksam einzusetzen.

## **Begründung:**

Das Land Hessen und der Bund sind seit vielen Jahren der Pflicht zur Finanzierung der Krankenhäuser nur unzureichend nachgekommen. Dies hat zur Folge, dass immer mehr kommunale Kliniken unverschuldet mit finanziellen Defiziten kämpfen. Dies gilt auch für die Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg. Der Kreistag weiß um die Sorge der Beschäftigten in Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen dieser Pandemie für ihr Krankenhaus.

Diese Resolution nimmt die Sorge und schafft Sicherheit. Der Kreistag sendet ein klares Signal an die Beschäftigten, dass ihre Leistung gesehen und anerkannt wird und der Arbeitsplatz in kommunaler Trägerschaft sichergestellt ist - auch über die akute Phase der Pandemie hinaus sicher.

Die Corona-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine gute ortsnahe medizinische Infrastruktur ist. Wir setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin engagiertes Fachpersonal in den Krankenhäusern zur Verfügung steht und eine gute und auskömmliche Bezahlung der Beschäftigten gewährleistet wird.

Die Mitglieder des Kreistages Darmstadt-Dieburg werden die Leistung der Beschäftigten auch nach der Pandemie nicht vergessen und sich auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen dafür einsetzen, dass Gesundheit nicht zur Ware verkommt und Gesundheit nicht eine Frage des Geldbeutels ist und sich damit für die Beschäftigten langfristig die Rahmenbedingungen verändern können.